

**Beginn: 10:02 Uhr**

**Präsident André Kuper:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich heiÙe Sie herzlich zu unserer heutigen 6. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen willkommen. Mein GruÙ gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne, vor den Fernsehgeräten oder im Internet sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** darf ich eine **Verpflichtung einer Abgeordneten gemäß § 2 Abs. 2** unserer **Geschäftsordnung** vornehmen.

Der Landeswahlleiter hat mir mit Schreiben vom 14. Juli 2017 mitgeteilt, dass mit Wirkung vom 15. Juli 2017 Frau Wibke Brems für die ausgeschiedene Abgeordnete Sylvia Löhmann, Bündnis 90/Die Grünen, Mitglied des Landtags geworden ist.

Ich darf Frau Brems zu mir bitten, damit ich die nach § 2 unserer Geschäftsordnung vorgesehene Verpflichtung vornehmen kann, und darf Sie bitten, sich von den Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.)

Liebe Kollegin Brems, ich bitte Sie, die folgenden Worte der Verpflichtungserklärung anzuhören und anschließend durch Handschlag zu bekräftigen:

„Die Mitglieder des Landtags von Nordrhein-Westfalen bezeugen vor dem Lande, dass sie ihre ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die übernommene Pflicht und Verantwortung nach bestem Wissen und Können erfüllen und in der Gerechtigkeit gegenüber jedem Menschen dem Frieden dienen werden.“

Sehr geehrte Frau Kollegin, ich heiÙe Sie als neue Abgeordnete in der 17. Wahlperiode herzlich willkommen und wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer täglichen Arbeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

(Allgemeiner Beifall)

Vor Eintritt in die Tagesordnung teile ich noch mit, dass sich alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen zwischenzeitlich darauf verständigt haben, die **Tagesordnung** um den neuen Tagesordnungspunkt 27 – ohne Debatte – zu **erweitern**:

Haushaltsrechnung des Landes Nordrhein-Westfalen für das Rechnungsjahr 2015

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags auf Erteilung der Entlastung nach § 114 LHO

Drucksache 16/13832

In Verbindung damit:

Jahresbericht 2017 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2016

Unterrichtung durch den Landesrechnungshof

Drucksache 17/600

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich dementsprechend. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Nunmehr treten wir in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein.

Ich rufe auf:

## 1 Regierungserklärung

Der Chef der Staatskanzlei hat mir mit Schreiben vom 4. September 2017 mitgeteilt, dass der Ministerpräsident beabsichtigt, heute eine Regierungserklärung abzugeben.

Ich erteile Herrn Ministerpräsident Armin Laschet das Wort zur Einbringung der Regierungserklärung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Armin Laschet, Ministerpräsident:** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bürgerinnen und Bürger! Regierungserklärungen in ruhigen Zeiten sind häufig Reden, mit denen dann noch einmal die Ziele des Koalitionsvertrages in Worten beschrieben werden. Die 120 Seiten des Koalitionsvertrages beschreiben im Detail, was die Nordrhein-Westfalen-Koalition in den nächsten fünf Jahren plant.

Unsere Zeit hat aber den Rhythmus geändert. Unser Land steht vor großen Veränderungen, sodass ich die Gelegenheit nutze, um mit Ihnen hier im Landtag darüber zu debattieren, welche Umbrüche uns in den nächsten Jahren erwarten und welche Herausforderungen für unsere Gesellschaft vor uns liegen, die nicht in fünf Jahren abgeschlossen sein werden.

Im Jahre 2018 endet mit der Schließung der Steinkohlebergwerke Prosper Haniel in Bottrop und des Bergwerks Ibbenbüren die Ära der Steinkohleförderung in Nordrhein-Westfalen. Jene Branche, die die Grundlage für den wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands und Nordrhein-Westfalens schaffte, wird endgültig Teil der Industriegeschichte und der Landesgeschichte sein.

Was bedeutet eine solche Zäsur für ein Land, in dem nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die eigene Identität von der Kohle abhing? Bis vor wenigen Jahren war 15 Minuten vor den Plenarsitzungen das Bergmannslied „Glück auf, der Steiger kommt“ die Musik, die die Abgeordneten in den Plenarsaal rief. Kohlewirtschaft prägte das Bewusstsein unseres Landes. Das ist die eine große Veränderung, die uns

in ihrer historischen Dimension im nächsten Jahr erwartet.

Im Jahre 2019 wird das Vereinigte Königreich, das Land, das Nordrhein-Westfalen gegründet hat, unser Patenland, die Europäische Union verlassen.

(Beifall eines Abgeordneten der Fraktion der AfD)

– Es gibt einen Einzelnen und eine Fraktion, die das toll finden. Ich glaube, die Mehrheit dieses Landes findet es nicht schön, dass die Briten Nordrhein-Westfalen verlassen.

(Starker Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Das bedeutet nämlich, dass die 10 % unseres gesamten Handelsvolumens, das wir heute mit Großbritannien abwickeln – einer unserer wichtigsten Handelspartner, an dem Tausende Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen hängen –, vor dramatischen Umbrüchen stehen, wenn bis zum nächsten Jahr keine Lösung gefunden wird. Das bedeutet für Studierende und Menschen aus Großbritannien, die hier leben, dass sie demnächst Aufenthaltsgenehmigungen und Visa beantragen müssen, wenn sie bei uns bleiben wollen. Deshalb brauchen wir in diesem Jahr alle Anstrengungen, damit es zu einer guten Lösung kommt.

Nächster Punkt: Im Jahre 2022 werden die letzten drei deutschen Kernkraftwerke vom Netz gehen. Was bedeutet dieser Meilenstein in der Energiewende für das Land Nordrhein-Westfalen? Was bedeutet das für die gesamtdeutsche Energiesicherheit? Wer sättigt den steigenden Energiebedarf unseres Industrielandes? Das sind Umbrüche, die jetzt schon deutlich werden und zu denen die Daten feststehen – klar, absehbar, kalkulierbar.

Wir haben aber gleichzeitig Umbrüche, die sich nicht an solchen Daten festmachen lassen: einen politischen und gesellschaftlichen Wandel, eine schnellere Veränderung mit großen Unsicherheiten und internationalen Konflikten.

Die Digitalisierung stellt viele Gewohnheiten des alltäglichen Lebens und Wirtschaftens infrage. Aber das Verschlafen der Digitalisierung gefährdet unseren Wohlstand. Mit Sicherheit ist der Digitalisierungsstand im Jahre 2022 am Ende der Amtszeit von uns allen Abgeordneten ein völlig, dramatisch anderer als heute im Jahre 2017.

Die Globalisierung schreitet voran und hat die Skepsis gegenüber Freihandel und Marktwirtschaft weltweit befördert. Die Fronten sind verändert. Während plötzlich der amerikanische Präsident gegen Freihandel spricht, sagt der kommunistische Staatspräsident in China: Wir brauchen mehr Freihandel. – Nichts stimmt mehr an Gewissheiten, die wir alle kannten.

Internationale Konflikte an den Rändern der Europäischen Union, die Kriege in der Ukraine und jenseits des Mittelmeers in Syrien und Libyen, sind nicht mehr fern weg, sondern berühren jede unserer Kommunen, weil die Menschen, die aus diesen Kriegen fliehen, zu uns nach Nordrhein-Westfalen kommen.

Darüber hinaus haben wir Energiekonflikte mit Russland. Wenn alle sagen: „Ja, schnell aussteigen aus allem; möglichst mehr Gas“, bedeutet das auch, dass dieses Gas aus einem Land kommt, das im Moment außenpolitisch schwierig im Verhältnis zu uns ist.

Die weltweiten Migrationsströme haben zugenommen. Europa ist dabei das Hauptziel vieler Flüchtlinge aus den Kriegen, aber auch aus dem Elend in Afrika. Die Menschen in tiefster Not sehen auf dem Smartphone unsere Art zu leben, und ihr Weg führt aus Aleppo nach Ahlen, aus Rakka nach Recklinghausen, aus Libyen ins Lipperland.

Außenpolitik ist nicht, wie man einmal sagte, Teil der Innenpolitik. Nein, sie ist Teil unserer Kommunalpolitik geworden, weil das Leben in jeder Kommune von diesen Fragen heute betroffen ist.

In einer solchen Zeit ist die Politik gefragt, den Menschen Orientierung anzubieten und entschlossen zu handeln.

Dafür braucht man das richtige Maß. Dieses droht aber verloren zu gehen, wenn Ideologie oder Verklärung die Vernunft verdrängen. Maß und Mitte zu halten ist, von den griechischen Philosophen angefangen, seit 2.500 Jahren eine Menschheitsweisheit, die in jeder Lebenssituation angewandt werden muss.

Wenn man das nicht macht, kann man in der Gegenwart oder in der Vergangenheit erstarren; man kann in Tradition versteinern, um das auf Nordrhein-Westfalen zu übersetzen; man kann, berauscht durch Herzkammerrhetorik, aus dem Land ein Museum machen – und gleichzeitig den Blick für die Zukunft verlieren und wichtige Weichenstellungen im Strukturwandel verpassen, weil man das Alte mit vielen Milliarden möglichst erhalten will, obwohl der Wandel längst eingesetzt hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Darunter leidet das Land bis heute.

Das andere ist, eine Zukunft mit Ausstiegsszenarien zu erfinden, die die Realität der Gegenwart nicht mehr im Blick hat. Wir haben im gesamtgesellschaftlichen Konsens als Bundesrepublik Deutschland den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen – dies allerdings mit der Folge steigender CO<sub>2</sub>-Werte. Es war in der Abwägung damals wichtiger, aus der Kernenergie auszusteigen, was zu mehr Kohle- und Braunkohleproduktion und entsprechenden Werten geführt hat.

Wer aber in einer solchen Situation nach dem einen Ausstieg gleichzeitig sagt: „Ich will raus aus der

Steinkohle; ich will schnell raus aus der Braunkohle; ich will eigentlich auch raus aus dem Gas“ – möglichst bis auf den Kalendertag politisch planerisch festgelegt; 15 Jahre im Voraus wird für einen bestimmten Tag eine bestimmte Technologie vorgeschrieben –, der hat auf der anderen Seite Maß und Mitte verloren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir müssen deshalb Vision und naturwissenschaftliche Realität wieder in Einklang bringen. Weil das manchen mit Blick auf die Energiepolitik, die für unser Land die Lebensader ist, noch nicht reicht, wird die gleiche Debatte jetzt noch ausgedehnt auf die Mobilität, die Kraftfahrzeuge und die Autos im Land.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist Museum!)

Wer jetzt den Ausstieg aus der Dieseltechnologie will und gleichzeitig sagt, 2030 solle man komplett aus dem Einsatz von Verbrennungsmotoren aussteigen, ohne überhaupt die CO<sub>2</sub>-Folgen der Produktion von Millionen und Abermillionen Akkus für Elektrofahrzeuge,

(Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE])

ohne die Netzstabilität, ohne die Arbeitsbedingungen der Menschen, die die seltenen Erden aus dem Boden holen, im Blick zu haben, hat Maß und Mitte verloren.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von der AfD)

Er vergisst, was Menschen von uns erwarten. Wenn sich morgen ein Mensch, der Pendler ist und weite Strecken in diesem Land zu fahren hat, überlegt, welches Auto er sich kauft, ist ihm nicht damit gedient, wenn man ihm sagt: Der Diesel ist böse, den schon mal nicht mehr; wir wollen raus aus dem Einsatz von Verbrennungsmotoren. – Dieser Mensch will sich bewegen.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Die Automobilindustrie ist längst weiter!)

– Herr Klocke, einer Ihrer Kollegen hat kürzlich getwittert: Laschet sagt, er ist für moderne Diesel.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Die Automobilindustrie ist längst weiter als Sie!)

– Lieber Herr Klocke, zur Intellektualität gehört, dass man differenzieren muss:

(Arndt Klocke [GRÜNE]: 50 Milliarden € von VW für Elektro! – Gegenrufe von der CDU: Oh!)

Was die Automobilindustrie und ihre führenden Unternehmensleiter gemacht haben, ist kriminell und zu verurteilen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Aber die Frage, wie wir unser Autowesen und unsere Mobilität organisieren, ist davon zu trennen.

Einer Ihrer Kollegen hat genau das eben von mir Zierte getwittert, nachdem ich gesagt hatte: Wir brauchen jetzt eine moderne Dieselsechnologie und das Sauberste, was wir haben, auch unter CO<sub>2</sub>-Gesichtspunkten. – Ihr Kollege Kretschmann hat beim Dieseltipfel gesagt: Wir haben ja fast den Schadstoff des Monats. An einem Tag wird über Feinstaub diskutiert; danach ist plötzlich CO<sub>2</sub> das größte Problem; jetzt sind es Stickoxide; CO<sub>2</sub> ist gerade wieder egal.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Reden Sie über die Zukunft!)

Jetzt ist für die Menschen das Wichtigste, moderne Technologie zu haben. Und Sie geben keine Antwort auf die Frage, wie das geht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Diese intellektuellen Debatten sind für ganz normale Menschen, die auf ein Auto gespart haben und jetzt einen Wertverlust erleiden, nämlich auch relevant.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Reden Sie über die Zukunft!)

Wenn Energiekosten explodieren, ist das für Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen keine theoretische Diskussion, sondern auch eine Frage sozialer Bedingungen.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Dies im Gleichgewicht zu halten, möchte ich alle Fraktionen dieses Hauses bitten, in Zukunft stärker zu berücksichtigen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Nordrhein-Westfalen-Koalition steht für einen anderen Ansatz. Sie will Maß und Mitte. Sie will ins Zeitalter der Elektromobilität gehen, und zwar mit allem,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist Rhetorik!)

was wir im Land dazu beitragen können, und trotzdem realistische Antworten in der Gegenwart geben.

Wir wollen gemeinsam mit den Kirchen, den Gewerkschaften, der Bürgerschaft und den Unternehmen den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel aktiv mitgestalten und einen neuen Aufbruch wagen.

In all diesen Zeiten der Veränderung ist das Wichtigste, den Zusammenhalt der Gesellschaft zu garantieren. Er beruht auf zwei Dingen.

Erstens. Der soziale Frieden hängt wesentlich davon ab, dass möglichst viele Menschen einer guten Arbeit nachgehen können. Arbeit für Menschen, also hohe Beschäftigung, ist für das Selbstbewusstsein

von Menschen, aber auch für den sozialen Frieden eine wesentliche Aufgabe, die Priorität haben muss.

Zweitens. Das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft spielt eine große Rolle. Wer viel lernt und hart arbeitet, wird auch in Wohlstand leben können. Das macht Ungleichheit überwindbar, weil jeder weiß: Wir haben ein faires Land, und wenn ich mich anstrenge, habe ich auch die Chance auf eine andere Lebenssituation.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der Zusammenhalt unseres Landes bedeutet aber bei uns mehr als bei vielen anderen Ländern. Wir sind ein Land der Großstädte, der vielen großen Städte, der Metropolregionen, aber auch ein Land des ländlichen Raums, der ländlichen Regionen. Viele der Arbeitsplätze sind bei uns in den letzten Jahren eher im ländlichen Raum als in den großen Städten entstanden.

Wir sind als Industrie-, Energie- und Transitland das wirtschaftliche Schlüsselland der Bundesrepublik, wir sind Einwanderungs- und Integrationsland seit vielen Jahrzehnten, und wir sind zweifellos das europäischste aller Länder in Deutschland. Mit Entschlossenheit und Zuversicht wollen wir uns als Nordrhein-Westfalen-Koalition für das Wohl unseres Landes sowie unserer Bürgerinnen und Bürger einsetzen.

Karl Arnold hat nach 1946 in seiner ersten Regierungserklärung Worte immer mit dem Anspruch geprägt, dass das, was wir hier machen, auch die Bundesrepublik Deutschland beeinflussen soll. Er hat gesagt:

„Das Land Nordrhein-Westfalen will und wird das soziale Gewissen der Bundesrepublik Deutschland sein.“

Ich sage heute: Wir sind ein Land, in dem demografischer Wandel schnell voranschreitet, in dem die Entwicklung aus den ländlichen Regionen in die Städte voranschreitet, in dem wie in keinem anderen Land Gesellschaften vieler Kulturen und Religionen existieren. Deshalb wollen wir das auch zum Maßstab des Zusammenlebens in Deutschland machen.

Wer sich die Geschichte seit 1946 anschaut, weiß, dass vom allerersten Tag der Gründung unseres Landes an ohne die Integration von Millionen von Heimatvertriebenen, die nach Nordrhein-Westfalen kamen, der Erfolg Nordrhein-Westfalens nicht möglich gewesen wäre.

(Zuruf von Roger Beckamp [AfD])

Seit dem 23. August 1946 stand auf der Tagesordnung jeder Sitzung des Landtags: Wie gelingt diese Integration?

Ohne die Arbeiter aus Polen wäre das Ruhrgebiet schon vorher nie im Leben der industrielle Kern Europas geworden, und ohne die Arbeiter aus Italien,

dem früheren Jugoslawien, aus Griechenland und der Türkei wäre das deutsche Wirtschaftswunder in den 50er- und 60er-Jahren nie im Leben in Fahrt gekommen.

(Zuruf von der AfD: Was hat das mit heute zu tun?)

– Das ist leider so. Das müssen Sie auch akzeptieren. Man kann sich doch der Realität nicht so verweigern, dass man in diesem Landtag in Bezug auf den Erfolg des deutschen Wirtschaftswachstums nicht auch benennen darf, dass da andere mitgeholfen haben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der AfD)

Das wäre nicht möglich gewesen ohne starke Gewerkschaften und ohne verantwortungsbewusste Unternehmer. Sie machen Nordrhein-Westfalen bis heute zum Land der Sozialpartnerschaft. Die Wurzeln der betrieblichen Mitbestimmung, die überall in Deutschland gelten, liegen in Nordrhein-Westfalen. Von hier wurde die Geschichte Deutschlands geschrieben. Ohne diesen Zusammenhalt wäre dies alles nicht möglich gewesen.

Hier in Nordrhein-Westfalen arbeiten wir daran, unser Land stark zu machen. Das ist die politische Aufgabe, der alle Teile dieses Parlaments verpflichtet sind.

Gefährlich ist es – und das war heute schon wieder zu spüren –, wenn Selbstverständliches nicht mehr selbstverständlich ist, wenn demokratische Grundtugenden infrage gestellt, bekämpft oder mit Fake News diskreditiert werden.

(Zuruf von der AfD)

– Komisch, dass Sie sich da angesprochen fühlen!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn das Ressentiment den Respekt verdrängt und die Gesellschaft in „Ihr“ und „Wir“ gespalten wird, dann müssen Demokraten zusammenstehen und denen, die das Land spalten wollen, widersprechen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der Zusammenhalt gelingt vor allem, wenn Aufstieg durch Bildung möglich ist. Ich habe es in meiner eigenen Familie erlebt: Mein Vater war Bergmann im Aachener Revier. Durch die weitsichtige Politik des Kultusministers Paul Mikat, der damals gesagt hat: „Wir brauchen Lehrer; wir haben Lehrermangel; wir ermöglichen berufserfahrenen Menschen den Seiteneinstieg in den Lehrerberuf“ – etwas Ähnliches diskutieren wir gerade wieder; wo ist die Schulministerin? –, war es möglich, einen solchen Aufstieg zu schaffen.

Was ist eigentlich aus dem Traum der 50er- und 60er-Jahre geworden? Leben nicht heute viel zu

viele Kinder in zweiter und dritter Generation ohne Aufstiegschancen, ohne Arbeit ihrer Eltern, in zementierter Perspektivlosigkeit?

Deshalb haben wir gesagt: Wir müssen uns um alle unsere Landeskinder jetzt von Anfang an kümmern. Frühkindliche Bildung ist der Beginn dieser Aufstiegs-kette. Es ist gerechter, Kindern aus Hartz IV herauszuhelfen, als Hartz-IV-Sätze zu erhöhen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der Aufstieg heraus aus den sozialen Systemen muss gelingen.

Wie wichtig das ist, mögen Sie daran erkennen, dass der stellvertretende Ministerpräsident für dieses wichtige Ressort persönlich Verantwortung trägt. Für Kinder, für frühe Bildung, für Jugendliche, für Flüchtlinge und für Einwanderer ist in dieser Landesregierung der stellvertretende Ministerpräsident verantwortlich. Das zeigt die Priorität.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Minister Stamp hat diese große Aufgabe bereits angepackt. In vier Schritten wollen wir jetzt die Akteure zusammenführen, um die Kinderbetreuung in unserem Land nach vorne zu bringen.

Wir werden erstens mit einem Kitarettungsprogramm noch in diesem Jahr Landesmittel in Höhe von einer halben Milliarde € für die nächsten beiden Kindergartenjahre zur Verfügung stellen. Dadurch, dass wir dieses Paket als eines der ersten Projekte der Landesregierung auf den Weg bringen, senden wir das klare Signal: Wir stehen fest an der Seite der Familien in Nordrhein-Westfalen. – Die Kitas brauchen Planungssicherheit, und zwar nicht irgendwann, sondern jetzt, in diesen Tagen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

In einem zweiten Schritt werden wir dann für eine dauerhaft auskömmliche Finanzierung sorgen und das Kinderbildungsgesetz reformieren. Als ich 2008 als Minister das Gesetz eingeführt habe, habe ich damals – wissend, dass man nicht jede Entwicklung kennen kann – für 2011 gesetzlich vorgeschrieben, dass evaluiert werden muss, ob das Geld noch ausreicht. Das hat bis heute nicht stattgefunden. Dieser Aufgabe wird sich Joachim Stamp in einem zweiten Schritt widmen, damit die Kitas das Geld bekommen, das sie für gute Arbeit brauchen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zum Dritten müssen wir, wenn wir dann eine nachhaltige Finanzarchitektur erreicht haben, die Qualität in den Kitas erhöhen und in einem vierten Schritt flexiblere Öffnungszeiten für die Eltern möglich machen – nicht starr orientiert am jetzigen System, sondern so, wie die Lebenswirklichkeit von Familien ist.

So wollen wir allen Kindern in Nordrhein-Westfalen unabhängig von der Herkunft gute Startchancen geben.

Das muss nahtlos übergehen in die Schule, in den zweiten Abschnitt der Bildung, die möglichst von null bis zehn gedacht wird und keine Brüche kennt. Um gute Startchancen geht es auch in der Schule. Als Länder tragen wir hier extrem hohe Verantwortung.

Wir haben viele Diskussionen über die Frage, ob der Bund und die Länder kooperieren sollten oder nicht. Ich finde, solche Debatten sollte man führen, um am Ende das Beste zu erreichen. Aber eines ist klar: Landespolitik besteht nicht darin, immer dann, wenn es schlecht ist, nach Geld beim Bund zu rufen. Landespolitik bedeutet, auch der eigenen Verantwortung gerecht zu werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Norbert Lammert hat von diesem Pult aus beim Festakt „70 Jahre Demokratie, Frieden und Freiheit“ gesagt – ich zitiere –:

„Es wäre hilfreich, wenn Landesregierungen und Landtage noch tapferer der Versuchung widerständen, die Aussicht auf eine finanzielle Beteiligung des Bundes für noch interessanter zu halten als die Wahrnehmung eigener Zuständigkeiten.“

Ja, wir erwarten bei manchem Hilfe des Bundes. Aber wir sind zuständig. Wir müssen die Schulen besser machen. Wir können nicht immer, wenn etwas schief läuft, nach Berlin rufen und die Schuld auf Berlin schieben. Wir stellen uns dieser Verantwortung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb wird die Nordrhein-Westfalen-Koalition schon bei den Grundschulen ansetzen. Sie sind ein Ort, an dem über mehr entschieden wird als über die Schönschrift. Hier werden die Grundlagen für die gemeinsame und gesamte Bildungskarriere gelegt. Hier sind noch alle Kinder zusammen – unabhängig von ihren späteren Lebenswegen. Wenn der Unterricht dort ausfällt, trifft es genau die Kinder am heftigsten, denen die Eltern nicht helfen können. Deshalb wird der Kampf gegen Unterrichtsausfall Priorität haben für die Nordrhein-Westfalen-Koalition.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Um den Unterrichtsausfall in Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu bekämpfen, braucht es zweierlei: eine schonungslose Bestandsaufnahme und einen realistischen Plan dafür, jede Stunde Unterricht auch geben zu können. Wer gegensteuern will, muss wissen, wie die Lage vor Ort ist. Deshalb werden wir eine digitale schulscharfe Erfassung des Unterrichtsausfalls einführen. Wir können den Kindern nicht mehr erklären, dass sie zwar mit dem Smartphone messen können, wie viele Schritte sie am Tag gegangen sind,

aber eine Schulverwaltung nicht messen kann, wo in diesem Land der Unterricht ausfällt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Um das Problem zu lösen, werden wir alles dafür tun, dass Lehrerstellen nicht weiter, wie heute so oft, Leerstellen bleiben. Gerade an den Grundschulen ist die Lage bedrückend. Hier müssen wir dringend umsteuern. Wir brauchen eine Kombination aus kurzfristig und langfristig wirkenden Maßnahmen:

Bereits ausgebildete Lehrkräfte für die Sekundarstufen I und II werden auch an den Grundschulen eingestellt.

Der Seiteneinstieg an den Grundschulen wird um das Fach Englisch ausgeweitet.

Um langfristig mehr junge Menschen für den Lehrerberuf zu gewinnen, bringen wir eine breit angelegte Werbekampagne auf den Weg.

Schulverwaltungsassistenten sollen unseren Lehrerinnen und Lehrern Büroarbeiten abnehmen, damit diese mehr Unterricht übernehmen können.

Für gute Bildung einzutreten, heißt aber auch, den Schulen nicht immer neue Aufgaben und Pflichten zu übertragen, ohne dafür zu sorgen, dass sie ausreichend mit Personal und Finanzmitteln ausgestattet sind. Das gilt besonders für die schulische Inklusion.

Wichtig ist mir an dieser Stelle: Die neue Landesregierung hält am Ziel der Inklusion fest. Viele Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderung wurden bei unzureichender personeller und sächlicher Ausstattung aber zu schnell in ein System gebracht, das Lehrer, Eltern und Schüler gleichermaßen überforderte.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Zahl der Förderschulen ist deutlich reduziert worden, sodass Eltern und Kinder immer seltener die Wahl hatten. So kann Inklusion nicht gelingen. Der Ausstieg aus der Förderschule hat nicht zu mehr Qualität und individueller Förderung beigetragen. Deshalb sagen wir:

Erstens. Die Mindestgrößenverordnung für Förderschulen wird für zwei Jahre ausgesetzt, damit die Kommunen in der Lage sind, Familien Wahlmöglichkeiten zu erhalten.

Zweitens. Langfristig wollen wir Rahmenbedingungen schaffen, unter denen schulische Inklusion gelingen kann. Deshalb müssen wir insbesondere bei den weiterführenden Schulen an vielen Orten das Angebot auf weniger Schulen konzentrieren. Die Schwerpunktschulen wollen wir so ausstatten, dass sie gute Inklusionsarbeit leisten können.

Wir wissen: Diese Neuausrichtung der Inklusionspolitik wird nicht leicht, aber es ist Teil des menschli-

chen Antlitzes unserer Gesellschaft, den individuellen Erfolg für jedes einzelne Kind im Auge zu haben. Dabei sind Schulaufsicht, Kommunen, Eltern und Lehrkräfte gemeinsam gefordert.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ein ebenso wichtiger Punkt ist die Leitentscheidung zu G9. Dabei geht es um die Befriedung eines langjährigen Konflikts, an dessen Entstehung die Politik aller Fraktionen in diesem Hause, Regierung und Opposition ...

(Widerspruch von der AfD)

– Ja, Sie waren nicht dabei. Sie sind auch bald nicht mehr dabei.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Fraktionen, die schon länger dabei sind, unterlagen hier – so selbstkritisch sollten wir sein – Fehleinschätzungen, die jetzt zu korrigieren sind.

(Zuruf von der AfD: Massive Fehleinschätzungen!)

Ministerin Gebauer hat vor drei Wochen ihren klaren Fahrplan für die Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums vorgestellt. Mit dem Schuljahr 2019/20 werden alle Gymnasien in Nordrhein-Westfalen durch Gesetz zu G9-Gymnasien – es sei denn, die Schulen, die Betroffenen vor Ort wünschen es anders. Dazu wird es eine unbürokratische Möglichkeit geben, auch für G8 zu votieren.

Die Rückkehr zu G9 gilt auch für jene Kinder, die heute schon in der dritten und vierten Klasse sind. Alles andere wäre mit einer klaren Leitentscheidung nicht zu vereinbaren. Wir wollen die Zukunft der Gymnasien. Wir wollen Ruhe für unsere Gymnasien und keine neuen Experimente.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Aber wir sagen gleichzeitig: Wir wollen die beste Bildung in Nordrhein-Westfalen. Das schließt auch die berufliche, die duale Bildung ein. Für uns gehören Berufskollegs zur Bildungslandschaft unseres Landes. Wer dort einen guten Abschluss macht, hat auch eine Aufstiegschance. Der Mensch beginnt nicht beim Abitur, wie man manchmal hört.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von der AfD)

Die duale Ausbildung ist das deutsche Erfolgsmodell. Die niedrige Jugendarbeitslosigkeit bei uns ist ein Ergebnis dieses aus der ganzen Welt gewürdigten dualen Systems. Was die Unternehmen, insbesondere das Handwerk und ihre Verbände, aber auch die Industrie- und Handelskammern leisten, ist gewaltig. Deshalb setzen wir ein Zeichen und entfristen das IHK-Gesetz. Unser Diskurs soll partnerschaftlich geprägt sein.

Für die Fachkräftesicherung spielt die duale Ausbildung eine zentrale Rolle, gerade im Industrieland Nordrhein-Westfalen. Für alle Auszubildenden im Land wollen wir ein Azubi-Ticket einführen. Es kann doch nicht sein, dass die Ausbildungsplatzsuche junger Menschen in unserem Land an den Grenzen eines Verkehrsverbundes scheitert.

(Zuruf von der SPD)

Ich habe vor Kurzem die Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen besucht, die das ganze Münsterland und die Emscher-Lippe-Region im Ruhrgebiet umfasst, Regionen mit Vollbeschäftigung und Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit.

Die IHK hat ein modernes Bildungszentrum errichtet, digital auf der Höhe der Zeit, architektonisch anspruchsvoll. Sie beschreibt gleichzeitig, wie mühevoll es ist, einen Jugendlichen aus einer Region wie Emscher-Lippe, wo nicht genügend Ausbildungsplätze vorhanden sind, nur 20 km weiter in den Kreis Borken oder in andere Regionen zu bringen.

Das muss sich ändern. Wir müssen jungen Leuten die Möglichkeit zu mehr Mobilität geben und jedes Potenzial in diesem Land nutzen. Das muss unsere Zielrichtung in den nächsten Jahren sein.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir werden die Förderung der beruflichen Weiterbildung auch auf die Qualifizierung der Beschäftigten für die Arbeitswelt 4.0 ausrichten. Hier stehen wir angesichts von Automatisierung und Digitalisierung – ich habe es zu Anfang angesprochen – vor gewaltigen Herausforderungen.

Nach der jüngsten Studie des McKinsey Global Institute vom Juli dieses Jahres, also ganz aktuell, könnten 48 % der deutschen Arbeitsstunden, also fast jede zweite Arbeitsstunde, nach heutigem Stand der Technik automatisiert werden. Für Tätigkeiten, die geringe Qualifikationen voraussetzen, liegt das Automatisierungspotenzial den Experten zufolge bei 67 %, also bei mehr als drei von vier Arbeitsstunden.

(Zuruf von Marcus Pretzell [AfD])

Die Studie spricht von Potenzial; die Betroffenen empfinden dieses Potenzial als Bedrohung. Und für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist die Frage: „Werde ich mit meiner Arbeitsleistung in Zukunft eigentlich noch gebraucht?“ längst nicht mehr Science-Fiction. Deshalb müssen wir auch hier Maß und Mitte wahren.

Natürlich müssen wir uns mit Digitalisierung beschäftigen. Das werden wir mit dem ersten Digitalisierungsminister, den dieses Land jetzt hat, voranbringen.

Aber wir müssen gleichzeitig die Worte im Ohr haben, die ich selbst – wie viele andere – 2014 in der Frankfurter Paulskirche gehört habe. Jaron Lanier,

ein amerikanischer Informatiker und Autor führte in seiner Dankesrede zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels aus – Zitat –:

„Die digitale Technik wird in unserer Zeit als maßgeblicher Kanal des Optimismus überfrachtet. Und das, nachdem vor ihr so viele Götter versagt haben. Was für ein sonderbares Schicksal für ein Phänomen, das als sterile Ecke der Mathematik begonnen hatte. ... Ohne Menschen sind Computer Raumwärmer, die Muster erzeugen.“

Hier Maß und Mitte zu wahren, die soziale Dimension auch dieser Fragen im Blick zu haben und trotzdem zu sagen: „Wir wollen ins Zeitalter der Digitalisierung“, das müssen wir leisten.

Zu den ganz großen Zukunftshoffnungen der technologischen Entwicklungen unserer Zeit zählt die künstliche Intelligenz, AI, Artificial Intelligence, wie manche es in bestimmten Salons amerikanisch aussprechen.

Ich sage: Der Entwicklung selbst lernender Menschen und Maschinen können wir uns nicht verschließen. Auf der ganzen Welt investieren Firmen gewaltige Summen in diese Technologie. Auch in Nordrhein-Westfalen haben wir exzellente Hochschulen, die genau daran arbeiten und das als ihr Zukunftsfeld definieren. Die menschliche Dimension muss man dabei aber trotzdem im Blick haben. Selbst Elon Musk von Tesla oder Stephen Hawking warnen auch vor den Gefahren der Künstlichen Intelligenz.

Deshalb will ich, dass wir in Nordrhein-Westfalen ein Institut gründen, das sich mit den ethischen Rahmenbedingungen und der gesellschaftlichen Dimension von Künstlicher Intelligenz auseinandersetzt. Wir wollen die Digitalisierung vorantreiben, aber wir wollen eine Technologie, die den Menschen dient und nicht umgekehrt. Dies beides im Blick zu haben, ist die Verantwortung, vor der wir heute stehen.

Als offene Gesellschaft in der Mitte Europas mit einer starken Exportwirtschaft werden wir uns von weltweiten Megatrends nicht abschotten können. Wer den Menschen das Gegenteil verspricht, sollte das Ende bedenken. Ein solcher Ansatz hätte verheerende Folgen, im Übrigen besonders für diejenigen, die man damit vermeintlich vertreten oder schützen will. Wir müssen in den offenkundigen Umbrüchen die Chancen erkennen, benennen und gemeinsam ergreifen.

Die Erfolgsprinzipien unserer sozialen Marktwirtschaft – Teilhabe, Mitbestimmung und Leistungsgerechtigkeit – müssen wir jetzt in die digitale Arbeitswelt übersetzen und übertragen. Das ist eine Frage nationaler Politik, das ist aber auch eine Frage internationaler Politik. So wie Nordrhein-Westfalen diese Diskussionen 1946 von Anfang an beeinflusst hat, so muss es auch unser Anspruch sein, sie heute in dem bundesweiten Diskurs anzustoßen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich will das bestehende Forum „Wirtschaft und Arbeit 4.0“, das gut gearbeitet hat, dafür nutzen, gemeinsam mit Gewerkschaften und Unternehmerverbänden Lösungen für die neue soziale Frage der digitalen Arbeitswelt zu finden und unsere Überlegungen einzubringen.

Nicht nur die Bildung der jungen Menschen ist gefordert, sondern wir brauchen das gleiche Engagement bei der Weiterbildung. Sie wissen, dass es Staatspraxis ist, nur einen Parlamentarischen Staatssekretär zu benennen. Den kann man irgendwo in einem Ministerium ansiedeln und setzt damit gleichzeitig einen Schwerpunkt. Unser Parlamentarischer Staatssekretär, Klaus Kaiser, wird sich mit ganzer Kraft der Weiterbildung widmen.

Akteure und Partner in der Weiterbildung haben die Zeichen der Zeit erkannt. Wir wollen eine verlässliche Finanzierung der Weiterbildung ermöglichen, wir wollen Digitalisierung auch in der Weiterbildung zum Thema machen, und wir wollen Weiterbildung aus dem Schattendasein herausholen.

Wir wollen dem Wissenschafts- und Hochschulstandort Nordrhein-Westfalen zum Aufbruch verhelfen. Mit zusätzlichen Investitionen werden wir den Erhalt und die Modernisierung der Bausubstanz an unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen sichern.

Wir müssen auch für bessere Studienbedingungen an unseren Hochschulen sorgen. Unser Ziel ist es, dass Nordrhein-Westfalen nicht nur über die höchste Dichte an Hochschulen verfügt, sondern auch über eine der höchsten Dichten an Professoren in Relation zu den Studierenden.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Deshalb wird ein neues Hochschulgesetz die partnerschaftliche Augenhöhe mit den Hochschulen wiederherstellen. Mehr Hochschulfreiheit heißt auch, dass unsere Hochschulen eigenverantwortlich über Kooperationen und Forschungsschwerpunkte entscheiden können. Wir wollen die Dynamik der Jahre 2005 bis 2010 im Jahr 2017 wieder aufnehmen, damit unsere Hochschulen Luft zum Atmen haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich habe vor einigen Jahren eine Reise zum Thema „Digitalisierung und Freihandel“ in die USA gemacht und zunächst sauerländische Automobilzulieferer in Kentucky und dann die Firma Tesla im Silicon Valley besucht. Lebhaft in Erinnerung ist mir eine Begegnung mit den dortigen Studierenden geblieben, unter anderem an der Stanford University. Ich habe sie gefragt: Was können wir eigentlich von den USA lernen? Die Antwort lautete meist: Freiheit für die Universität, Vertrauen in die Kreativität der Forscher und

Studierenden, eine Kultur der Selbstständigkeit und die effektive Verbindung von universitärer Forschung, Risikokapital und Gründungsgeist.

Ich habe dann von unserem Hochschulfreiheitsgesetz erzählt, allerdings verschwiegen, dass die damals amtierende Landesregierung es soeben abgeschafft hatte. Aber ich sage heute: Wir werden diesen Fehler korrigieren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir brauchen auf keinen Fall dieses Von-oben-nach-Unten, bei dem das Ministerium den Universitäten sagt, was sie zu tun haben. Die wissen das doch genau. Das haben damals selbst sozialdemokratische Rektoren beklagt. Es waren doch sozialdemokratische und grüne Rektoren, die gebeten haben: Lasst uns bitte die Freiheit, die wir gerade haben. Wir haben sie doch verantwortlich genutzt.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Fragen Sie einmal Herrn Freimuth in Köln, was der zu den Studiengebühren sagt!)

Dieses Vertrauen muss man Menschen entgegenbringen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist eine Lücke, die wir füllen müssen.

Im German Accelerator, einer staatlich geförderten Einrichtung zur Unterstützung deutscher Start-ups im Silicon Valley, erzählte mir ein junger Start-up-Unternehmer, er käme aus Aachen. Er hätte exzellente Forschung, es wäre alles gut, aber er wolle einmal sehen, ob er denn Geld für seine Start-up-Idee finde. Wir wollen, dass es nicht mehr nötig ist, dass die exzellenten jungen Leute in die USA gehen. Wir wollen Bedingungen dafür schaffen, damit sie hier selbstständig werden und ihre Ideen umsetzen können.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ein wesentliches Hemmnis für Gründungen ist das enorme finanzielle Risiko für die Gründerinnen und Gründer. Staatliche Förderangebote werden häufig wegen des hohen bürokratischen Aufwands nicht in Anspruch genommen, oder es fehlen Angebote für innovative Geschäftsmodelle.

Mit einem Förderprogramm „1.000 mal 1.000“ wollen wir das ändern. Wir werden das Gründerstipendium so unbürokratisch wie möglich schaffen. Ich bin froh, dass mit Prof. Pinkwart, der sieben Jahre an der Handelshochschule in Leipzig tätig war und mit Start-ups zusammengearbeitet hat, jemand seine Erfahrungen aus Wissenschaft und Politik jetzt wieder in politisches Handeln umsetzt. So funktioniert der Austausch zwischen Wissenschaft und Politik.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es muss uns gelingen, die Innovationskraft der Gründer mit der Erfahrung der Industrie zusammenzubringen. In diesen Tagen wird bundesweit immer wieder das StreetScooter-Beispiel zitiert. Der kanadische Unternehmer Bombardier sagt: Schluss mit Waggonen ...

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Das ist aber E-Mobilität! Das ist die Zukunft!)

– Ja, natürlich Elektromobilität. Haben Sie es immer noch nicht begriffen? Wir wollen in die Elektromobilität, aber nicht durch politische Reden, sondern durch das Handeln der einzelnen Akteure. Das muss man doch einmal begreifen, lieber Herr Klocke.

(Beifall von der CDU und der FDP – Marc Herter [SPD]: 1.000 mal 1.000!)

Das ist doch exakt Maß und Mitte. Bombardier zieht sich zurück und lässt 400 bis 500 Arbeitskräfte, die bisher Waggonen hergestellt haben, allein. Dann kommt die Politik dazu: der Arbeits- und Sozialminister, der Wissenschaftsminister.

An der Hochschule haben Wissenschaftler ein solches Auto erdacht. Die deutsche Automobilindustrie hat es verschlafen, die Universität hat es erdacht. Dann wird das Wissen der Universität mit dem der Fachkräfte verbunden. Daraus entsteht ein Unternehmen, das als StreetScooter ...

(Karl Schultheis [SPD]: Das war unter der Vorgängerregierung!)

– Ja, das ist doch egal. Seid doch nicht so borniert! Natürlich war es unter der Vorgängerregierung. Natürlich hat manches auch vor 2017 stattgefunden.

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

Man kann doch in solchen grundsätzlichen Fragen, auch wenn das anstrengend ist und schwerfällt, Karl Schultheis,

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

über Parteigrenzen hinwegsehen und sagen, was intelligent und richtig ist. Ja, das ist doch gut.

(Beifall von der CDU, der SPD und der FDP – Zurufe von der SPD)

Jetzt steht doch der nächste Schritt an. Das war nur ein Beispiel für die Politik der Landesregierung der nächsten Jahre.

Im Moment gibt es den E-Scooter. Nächstes Jahr kommt der e.GO als Stadtfahrzeug, dann der E-Booster und dann der E-Mover. Das alles ist schon in der Planung. Dafür gibt es Vorbestellungen. Das ist nicht witzig, sondern daran hängen Tausende Arbeitsplätze. Es gibt heute schon so viele Bestellungen, dass man darüber nachdenkt, neue Unternehmen im Rheinischen Braunkohlerevier und im Ruhr-

gebiet zu gründen. Dies anzustoßen und zu verknüpfen, ist Aufgabe der Landesregierung, und der werden wir uns stellen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb werde ich als Ministerpräsident persönlich zu einer Hochrangigen Expertengruppe einladen. Dazu werden Fachleute der RWTH, von „it's OWL“, Forscher der Elektromobilität aus Münster, Fachleute aus dem Ruhrgebiet und sauerländische Mittelständler gehören, die bereits an Ladestationen arbeiten. Ford aus Köln stellt seine Automobilproduktion schneller als manch anderer in Deutschland auf Elektromobilität um. Ford wird ebenso dabei sein wie der Wirtschaftsminister, die Wissenschaftsministerin und der Verkehrsminister. Wie werden regelmäßig zusammenkommen, um jenseits aller Bürokratie zu hören, was über Hausgrenzen, über Ministerien hinweg erforderlich ist.

Wir wollen die Batterieforschung stärken. Wir brauchen hier große Investitionen, um in Zukunft dabei zu sein. Dies alles wird viel Kraft in Anspruch nehmen.

Herr Klocke, genau das habe ich am Anfang beschrieben: „Auf ins Zeitalter der Elektromobilität“ – aber nicht, indem wir das, was heute da ist, mit peinlichen, dümmlichen und plakativen Sprüchen diskreditieren. Der Wandel ist kein Ausstiegswandel, sondern wir brauchen ein Einstiegsethos in eine neue Gesellschaft. Das müssen wir voranbringen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das Gleiche gilt übrigens für die Braunkohle. Damit das hier – für das Protokoll – ein für alle Mal festgestellt wird, sage ich: Jedes Braunkohleloch, jedes Abbagern bis zum Jahre 2045 in Garzweiler, in Hambach oder wo auch immer geht auf einen Beschluss der rot-grünen Regierungen der letzten Jahrzehnte zurück. CDU und FDP haben dabei Rückendeckung gegeben, aber Sie alleine tragen die Verantwortung. Dann können Sie sich nicht an Braunkohlelöcher stellen, demonstrieren und sich so verhalten, als hätten Sie damit nichts tun. Das waren Ihre Beschlüsse!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Jetzt ist die Frage: Wie machen wir weiter? – Diese Landesregierung steht zu den Beschlüssen. Wir stehen sogar, wie angekündigt, zu den Beschlüssen der Verkleinerung. Als Reiner Priggen das vor drei, vier Jahren vorgetragen hat, habe ich gesagt – da haben Sie noch gelacht –: Wenn wir regieren und ich Ministerpräsident werde, werden wir den Beschluss der Verkleinerung nicht mehr verändern. Das ist ein Konsens, der über Wahlperioden hinweg tragen muss.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften ver.di und IG BCE, die klipp und klar sagen, zu welchen sozialen Verwerfungen es führt, wenn man Ausstiegsszenarien für die Jahre 2025, 2030 an die Wand malt, und den Unternehmen werden wir den Weg in das

Zeitalter der regenerativen Energien gehen, ohne Brüche durch einseitige, schnelle, nicht realisierbare Ausstiegsbeschlüsse, wie Sie sie vortragen, zu erzeugen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Monika Düker [GRÜNE]: Und die Klimaziele sind irrelevant?)

– Wer ist irrelevant?

(Monika Düker [GRÜNE]: Die Klimaziele!)

– Liebe Frau Düker, noch einmal: Das, was da abgebaut wird, geht auf Ihren Beschluss zurück, nicht auf meinen. Sie haben beschlossen, bis zum Jahr 2045 Genehmigungen zu erteilen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Es geht doch um die Kraftwerke!)

– Frau Düker, Braunkohle ist Ihre Kohle bis 2045. So ist die Beschlusslage.

(Beifall von der CDU und der FDP – Lachen von den GRÜNEN)

Das nächste wichtige Thema ist die Entfesselung. Wir brauchen neue Arbeitsplätze und Bedingungen, damit das Wirtschaften bei uns nicht schwerer ist als in allen anderen deutschen Ländern. Deshalb hat der Wirtschaftsminister damit begonnen, ein erstes Entfesselungspaket mit der Überarbeitung vieler Maßnahmen, bei denen wir nicht mehr über Bundes- und europäische Standards hinausgehen, vorzulegen.

Wir stehen im Wettbewerb. Wir wollen gute Lebensmittelkontrolle, Lebensmittelsicherheit, aber dafür brauchen wir keine bürokratische Hygieneampel.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD: Aber den Führerschein!)

Wir wollen die Einführung einer vollelektronischen, medienbruchfreien Gewerbeanmeldung.

Wir wollen Vereinfachungen im Verwaltungsverfahrenrecht.

Minister Karl-Josef Laumann hat zusammengestellt, welche Bürokratie wir im Sozial-, Pflege- und Krankenhausrecht haben. Wir wollen den Menschen dienen und nicht den Bürokraten. Das wird der Maßstab dieser Landesregierung in den nächsten Jahren sein.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Darüber hinaus brauchen wir eine Digitalisierungsoffensive. Mit 7 Milliarden € und dem Ansatz „Glasfaser first“ wird unser Land bis 2025 auf den aktuellen Stand der Digitalisierung gebracht. Alles, was da diskutiert wird, ist nichts ...

(Zuruf von der SPD: Mit Bundesmitteln?)

– Ja, auch mit europäischen Mitteln. Ja, auch mit Bundesmitteln. Ja, auch mit Landesmitteln. Sogar –

hören Sie gut zu – private Mittel werden dafür akquiriert. Wir alle müssen hier zusammenstehen, damit es in unserem Land keine Regionen mehr ohne schnelles Internet gibt. Das ist nicht nur eine Frage für ein paar Freaks oder ein paar Unternehmen.

Wenn die Telemedizin kommt, die die Lebensbedingungen für jeden Einzelnen verbessert, wenn das autonome Fahren kommt, dann ist es von lebensnotwendiger Bedeutung, dass wir beste Netze mit 5G-Qualität überall im Land haben. Dafür wollen wir arbeiten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Beim Thema „moderne, digitale Verwaltung“ haben wir die Zeiten etwas verkürzt; die Umsetzung bis 2030/2031 war uns zu langsam. Wir haben die Kompetenz jetzt beim Wirtschafts- und Digitalisierungsminister gebündelt und beim Tempo zugelegt.

Ich denke hier etwa an die Stadt Paderborn. Bereits im Rahmen des bundesweiten Wettbewerbs „Digitale Stadt“ hat sich Paderborn engagiert mit einer vorbildlichen Konzeptskizze eingebracht. Auch wenn sie den Wettbewerb nicht gewonnen hat, überzeugt der Plan weiterhin. Im Rahmen der digitalen Modellregion OWL sind wir mit der Region aktuell in konkreten Gesprächen über die Umsetzungsschritte.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Digitalisierung wird ein Marathonlauf. Damit wir morgen vorne mit dabei sind, müssen wir schon heute bei den Kleinsten beginnen. Das gilt auch für die Schulen. Bis zum Jahr 2021 sollen alle Schulen an ein leistungsfähiges Gigabitnetz angeschlossen sein und nicht nur – das füge ich hinzu, auch nach aktuellen Fernsehsendungen – Privatschulen.

(Beifall von der CDU und Christian Lindner [FDP])

Es muss unser öffentlicher Auftrag sein, dass unsere Schulen so gut werden, wie es manche Privatschulen heute schon vormachen.

(Christian Lindner [FDP]: Nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern!)

Für unsere Lehrkräfte wird es deshalb eine digitale Fortbildungsoffensive geben, und auch die universitäre Lehrerbildung wird überarbeitet.

Neben der Digitalisierung sichert der Verkehr in Zukunft unsere Arbeitsplätze. Nordrhein-Westfalen ist Industrie-, Logistik- und Transitland im Herzen Europas. Das Problem: Diese Aufgabe kann unser Verkehrsnetz schon seit vielen Jahren nicht mehr erfüllen. Der Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur ist neben dem Bürokratieabbau und der Digitalisierung der dritte wichtige Baustein, um den wirtschaftlichen Riesen Nordrhein-Westfalen zu entfesseln. So werden Arbeitsplätze geschaffen. Verkehrspolitik ist Arbeitsplatzpolitik.

Herr Minister Wüst hat sich in den letzten zwei Monaten ein genaues Bild von der Situation gemacht. Die Sperrung der A40-Brücke hat noch einmal verdeutlicht, wie groß der Handlungsdruck ist. Wir brauchen einen Schulterschluss zwischen Politik, Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürgern, um unsere Infrastruktur zu ertüchtigen.

Deshalb wollen wir das Bündnis für Infrastruktur der Vorgängerregierung in ein Bündnis für Mobilität umwandeln. Hinter diesem Bündnis soll die gesamte Landesregierung stehen. Die Zeit von Gaspedal und Bremse gleichzeitig am Kabinettstisch muss der Vergangenheit angehören.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Beim Ausbau unserer Bundesfernstraßen wollen wir deutlich schneller werden, zu deutlich mehr Planfeststellungen kommen und die Bundesmittel nicht nur in vollständiger Höhe abrufen, sondern möglichst noch zusätzliche Mittel einwerben.

Dazu müssen wir die Planungskapazitäten erhöhen, und der genehmigungsrechtliche Flaschenhals bei den Bezirksregierungen muss aufgelöst werden. Wenn nötig, sind wir auch bereit, eine Schwerpunktbezirksregierung für Planungen einzurichten.

Große Defizite gibt es auch bei den Landesstraßen. 200 Millionen € jährlich mehr werden wir für die Erhaltung der Landesstraßen einsetzen, und wir wollen mehr Bautätigkeit entfalten – alles mit dem Ziel, Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen zukunftssicher zu machen.

Die Steinkohleförderung endet im nächsten Jahr. Die Stahlindustrie hat mit großen Turbulenzen zu kämpfen – gerade in diesen Tagen. Deshalb muss das Ziel sein, Stahl in Zukunft in Nordrhein-Westfalen möglich zu machen, keine zusätzlichen Rahmenbedingungen europäischer oder sonstiger Art, die das Produzieren in Nordrhein-Westfalen schwerer machen, voranzutreiben, aber gleichzeitig dennoch den Strukturwandel nach dem Schließen der letzten Zeche 2018 voranzubringen.

Ich will deshalb im nächsten Jahr eine Ruhrgebietskonferenz einberufen: 30 Jahre nach der ersten Ruhrgebietskonferenz, damals mit Ministerpräsident Johannes Rau, Bundeskanzler Helmut Kohl, Bischof Hengsbach und Alfred Herrhausen, die damals den ersten Impuls für den Strukturwandel gesetzt haben. So etwas brauchen wir auch jetzt wieder, und wir brauchen konkrete Ergebnisse, an denen Bund, Land, Europa und die örtliche Wirtschaft beteiligt sind. Deshalb wird Minister Holthoff-Pförtner dieses in seinem Ministerium mit dem Bund, mit Europa und mit allen, die im Ruhrgebiet Verantwortung tragen, koordinieren. Diese Ruhrgebietskonferenz wird ein wichtiger Schritt sein.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Das Land hat nur Zukunft, wenn wir auch in der Finanz- und Haushaltspolitik Gestaltungsspielräume haben. Mit dem Nachtragshaushalt 2017 hat Finanzminister Lienenkämper die Schlussbilanz von Rot-Grün vorgelegt: dringend notwendige Sofortmaßnahmen für Kita, Krankenhaus und Sicherheit sowie die Rückabwicklung eines Haushaltstricks. Wir gehen nicht über die Schuldengrenze hinweg, die Minister Walter-Borjans diesem Parlament noch Anfang des Jahres als richtig vorgetragen hat. Aber in dieser Summe sind 880 Millionen € eines Buchungstricks enthalten. Die Präsidentin des Landesrechnungshofs hat uns gestern ermahnt, diesen zu korrigieren. Wir werden mit dem Nachtragshaushalt diesen Haushaltstrick der alten Regierung korrigieren und wieder Haushaltstransparenz herstellen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das sind 880 Millionen von den 1,5 Milliarden. Dazu kommen 500 Millionen Kitarettungspaket, über die wir schon gesprochen haben und die dringend notwendig waren. Und dazu gehören Investitionen in die innere Sicherheit, die ebenfalls in den Auseinandersetzungen der letzten Monate ein wichtiges Thema waren.

Das Thema „Innere Sicherheit“ ist das Thema, das die Menschen in diesen Tagen am meisten bewegt. Wir haben vor der Wahl eine Null-Toleranz-Linie gegenüber Kriminellen versprochen. Das gilt für deutsche Staatsbürger genauso wie für jene, die unsere Hilfsbereitschaft bei Asyl und Zuwanderung missbrauchen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Das heißt, Recht durchsetzen. Wenn kriminelle Täter, die unter dem Vorwand, Asyl beantragen zu wollen, zugewandert sind, sich an Kindern vergehen, werden sie wie gestern Abend in ihre Heimatländer zurückgeführt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir werden es nicht mehr dulden, dass Rechtsbruch bei uns stattfindet.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Aber Innenpolitik ist mehr, Innenpolitik bedeutet: mehr Personal, mehr Rechte in der Durchsetzung dessen, was gesetzlich erforderlich ist, mehr Schutz und mehr Respekt vor der Polizei.

Wir stellen mehr Polizei ein und fangen damit bereits in diesem Jahr durch die Einstellung von 300 zusätzlichen Anwärtern noch in diesem Herbst an. Wir bauen langfristig Personal auf und stärken den ländlichen Raum, ohne die städtischen Ballungsräume zu vernachlässigen.

(Zuruf von der SPD)

– Aber das gehört doch zum Aberwitz einer Opposition, dass man 30 Tage, nachdem man aus dem Amt

ist und ein Innenminister mit den Polizeibeamten, die in dem Moment da sind, den Mangel verwaltet,

(Michael Hübner [SPD]: Sie haben es anders angekündigt!)

aufschreit und sagt: Das ist euer Problem. – Nein, das ist Ihr Problem, dass derzeit zu wenige Polizeibeamte da sind!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vielleicht können Sie das mal in ein oder zwei Jahren versuchen. Aber jeder Bürger, der uns jetzt am Fernsehen zuhört, jeder ganz normale Mensch weiß doch, dass es, wenn jetzt zu wenig Polizisten da sind,

(Michael Hübner [SPD]: Aber Sie haben doch etwas anderes angekündigt! – Weitere Zurufe von der SPD)

nicht die Schuld eines Ministers ist, der gerade mal 30 oder 40 Tage im Amt ist.

(Zurufe von der SPD)

Ich habe den Eindruck, mit dieser Debatte, die Sie da angestoßen haben, wollen Sie nachträglich noch einmal die Schuld auf Minister Jäger schieben. Um hier Klarheit herzustellen: Das ist die eigentliche Absicht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Aber wie auch immer, der neue Innenminister wird ab diesem Jahr 300 weitere Polizeianwärter einstellen, und von Jahr zu Jahr wird dieses Ressort durch neue Personalstellen anwachsen.

(Zuruf von der SPD: Wir sind gespannt!)

Minister Reul wird den Polizeiberuf attraktiver machen, die Gewinnung geeigneter Bewerber ermöglichen und auch Menschen mit mittleren Bildungsabschlüssen den Zugang zum Polizeidienst ermöglichen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Michael Hübner [SPD]: Das ist doch nichts Neues!)

Auch hier beginnt der Mensch eben nicht beim Abitur. Polizisten können exzellent sein, auch wenn sie kein Abitur haben. Auch das muss man wieder mal sagen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Und wir werden neue Instrumente einführen. Wir brauchen dringend verdachtsunabhängige Kontrollen. Aber wir wollen sie im Licht europäischen Rechts und europäischer Rechtsprechung anlassbezogen einführen. Das ist auch Nordrhein-Westfalen-Koalition: mehr innere Sicherheit, aber unter Respektierung der Bürgerrechte, aber nicht wie in den Vorjahren, dass drei deutsche Länder keine verdachtsunabhängigen Kontrollen hatten.

Wir wollen gleiche Sicherheitsstandards in Deutschland, und auch dafür steht dieser Innenminister.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das geht Stück für Stück.

Ich erwarte mir auch einen stärkeren Blick auf europäische Kooperationen. Herbert Reul ist jemand, der viele Jahre in verantwortlicher Position in Europa gearbeitet hat. Wir brauchen bei der Absprache mit unseren Nachbarländern, insbesondere mit Belgien und den Niederlanden, einen besseren Datenabgleich. Nordrhein-Westfalen wird in die bundesdeutsche Diskussion europäische Impulse setzen. Ich denke deshalb, dass da wichtige Entscheidungen fallen werden.

Die Justiz ist das, was unsere Menschen tagtäglich spüren. Ein funktionierendes Rechtssystem kann verloren gegangenes Vertrauen in den Staat wiederherstellen. Es gibt viele Baustellen im Bereich der Justiz, und Minister Biesenbach hat diese nicht nur offen benannt, sondern geht sie bereits mit Elan an.

Die Gerichtsverfahren müssen kürzer werden – ohne Qualitätseinbußen. Besonders dramatisch ist die Eingangsentwicklung an den Verwaltungsgerichten. Wir wollen auch hier bis 2021 elektronischen Rechtsverkehr einführen – da stehen wir vor einer Mammutaufgabe. Wir wollen einen sicheren und effizienteren Strafvollzug sowie die Sicherstellung ausreichender Haftkapazitäten. Wir wollen die Stärkung des Opferschutzes und einen Opferschutzbeauftragten. Wir wollen Cyberkriminalität und Straftaten mit terroristischem Hintergrund konsequent ahnden.

Ich habe zu Beginn über unsere europäischen und internationalen Verknüpfungen als Land Nordrhein-Westfalen gesprochen. Europa ist für uns existenziell. Wir brauchen Antworten auf die Bedrohungen unserer Zeit, die nur europäisch zu lösen sind. Wir brauchen mehr und nicht weniger Europa in diesen bewegten Zeiten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Für uns hat dabei der Beneluxraum eine besondere Bedeutung. Der neue niederländische Botschafter in Deutschland hat in der letzten Woche sein Beglaubigungsschreiben dem Herrn Bundespräsidenten übergeben und dann seinen allerersten Termin in Nordrhein-Westfalen gemacht, mit dem Ministerpräsidenten, mit mehreren Ministern der Landesregierung, um damit zu signalisieren: Für uns, die Niederlande, als Land ist die Beziehung zum föderalen Staat Nordrhein-Westfalen von großer Bedeutung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist ein wichtiges Signal. Wir haben eine über 350 km lange gemeinsame Grenze mit den Niederlanden: von Aachen über den Niederrhein bis hin zum Münsterland. Wir haben Euregios, die über die Grenze hinweg funktionieren. Deshalb werde ich meine erste Auslandsreise in die Niederlande unter-

nehmen. Ich freue mich darüber, wie so etwas wahrgenommen wird. Der König der Niederlande, Willem-Alexander, und Ministerpräsident Rutte haben gesagt: Wir wollen diese Beziehung unterstützen. – Es wird Gespräche mit den Spitzen der Niederlande geben. Gleichzeitig besuche ich unseren Seehafen. Unser Seehafen ist nämlich nicht Hamburg, sondern Rotterdam. Auch das gehört zur wirtschaftlichen Entwicklung Nordrhein-Westfalens dazu.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dieser Beneluxvertrag bietet Chancen vielfältiger Art: im Umweltschutz, bei grenzüberschreitenden Schulen, bei grenzüberschreitenden Kindertagesstätten. Das Leben der Menschen entlang der 350 km langen Grenze muss besser werden.

Ein Letztes: Nordrhein-Westfalen hat internationale Bezüge. Wir haben den einzigen deutschen Standort der Vereinten Nationen, nämlich in Bonn, und wir stehen beim Brexit vor wichtigen Fragen, die uns unmittelbar betreffen.

Ich habe gerade die Felder beschrieben, in denen Nordrhein-Westfalen Beziehungen hat – schon unter der Vorgängerregierung; damit da keiner Zwischenrufe machen muss; Regierungen stehen in Kontinuität –: zu Belgien, den Niederlanden und Luxemburg, zu unserer Partnerprovinz in Frankreich, zu den Vereinigten Staaten. Wir führen seit vielen Jahren einen Energiedialog mit Russland und haben traditionell enge Beziehungen zu Israel – seit den Zeiten von Johannes Rau und fortgeführt von allen Ministerpräsidenten der letzten Jahre –, zu den palästinensischen Autonomiegebieten, zu Japan – insbesondere durch Düsseldorf und eine große hier lebende Community –, zu China – mit drei Partnerprovinzen, die Ministerpräsidentin Kraft besucht hat, und die ebenfalls in wirtschaftlichem Kontakt und wissenschaftlichem Austausch zu Nordrhein-Westfalen stehen.

Um das alles zu bündeln, um diese internationalen Fragen, die unser Leben heute beeinflussen, in der nordrhein-westfälischen Politik packbar zu machen, schlage ich eine nordrhein-westfälische Akademie für internationale Politik vor. Da müssen wir all das Wissen, das es an unseren Hochschulen gibt, bündeln, um unser Gewicht auch in internationale Fragen mit einzubringen.

Bonn wird in wenigen Wochen Austragungsort der UN-Klimakonferenz „COP 23“ sein. Wir sind das Nord-Süd-Land. Wir sind nicht nur Kohle und Stahl, wir sind das Nord-Süd-Land in Deutschland. Alle Nord-Süd-Institutionen und die großen kirchlichen Hilfswerke haben ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen.

Wenn es uns gelingt, diesen Blick in die Welt zum Profil des Landes Nordrhein-Westfalen zu machen, dann haben wir damit einen wichtigen Dienst geleistet. Das gehört zu den Aufgaben der neuen Landesregierung.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Der dritte wichtige Bereich: Wenn die Welt global wird und wir über globale Fragen diskutieren und jeden Abend im Fernsehen globale Konflikte sehen, haben wir ein immer stärkeres Bedürfnis, Heimat und das, wo wir leben, zu sichern. Deshalb haben wir ein Heimatministerium errichtet. Die Heimatministerin Ina Scharrenbach ist nun vor Ort unterwegs und hört genau das, was Menschen dazu sagen, was ihre Identität ist. Sie hat zum ersten Mal die Chance, Kommunalpolitik mit Baupolitik und Städtebauförderung zu verbinden. Das hängt eng zusammen, und deshalb ist die Landesregierung hier neu ressortiert worden.

(Michael Hübner [SPD]: Und Gleichstellung!)

Für die charmanten Anfrager der Opposition in Pepita: Es ist übrigens auch mal mit einem Umzug verbunden, wenn man einen neuen Schwerpunkt setzt.

(Lachen von der SPD – Zuruf von der SPD: Und Gleichstellung!)

Wir glauben, dass Heimat, Kommunales und Bauen zusammengehören, und deshalb werden wir das jetzt als Aufgabe der Landespolitik durchsetzen. Das ist so!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der Entwurf der Eckpunkte zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2018 und das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz zeigen bereits: Wir sind Partner der Kommunen, und wir richten den Blick auf die Städte, aber auch auf den ländlichen Raum, der in den letzten Jahren vernachlässigt worden ist. Das muss wieder in Einklang gebracht werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Eine der schlimmsten Entscheidungen, nein, nicht eine der schlimmsten, aber eine nicht schöne Entscheidung, die das mangelnde Gespür zeigt, war die Kürzung dieser geringen Mittel für Baudenkmalpflege. Wir werden diese 12 Millionen € wieder einsetzen zur Baudenkmalpflege, weil es auch anerkennt, was Tausende Menschen in diesem Land für Denkmäler und für Baudenkmalpflege leisten. Das wird ebenfalls wieder eingeführt werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zu unserer Heimat gehört auch die Landwirtschaft. Die Nordrhein-Westfalen-Koalition hat sich eben genau vorgenommen, auch den ländlichen Raum wieder ernst zu nehmen, Umweltschutz und Naturschutz in Einklang zu bringen.

(Zuruf von der SPD: Da sind wir mal gespannt! – Weiterer Zuruf: Und Tierschutz!)

– Ja, auch Tierschutz. Selbstverständlich gilt es, auch Tierschutz damit in Einklang zu bringen. Das Landesjagdgesetz ist ein gutes Beispiel. Wir werden es weitreichend überarbeiten und die Fehler der letzten Novellierung zeitnah korrigieren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir werden dem beachtlichen Beitrag der Jagd zu Artenvielfalt und Naturschutz durch Hege und Waidgerechtigkeit wieder seinen angemessenen Stellenwert geben.

Auch das Landesnaturschutzgesetz braucht entsprechend den Leitlinien unserer Naturschutzpolitik eine grundlegende Novellierung. Wir streben neue innovative Lösungen beim ökologischen Flächenausgleich an.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Den Vertragsnaturschutz wollen wir deutlich stärken, um so die Anreize für Landeigentümer und Landnutzer für einen aktiven Arten- und Biotopschutz auszubauen.

Unsere neue Landwirtschaftsministerin und Umweltministerin Schulze Föcking wird eine Politik gemeinsam mit den Betroffenen und nicht gegen die Betroffenen machen. Deshalb setzen wir sehr auf ihre Leistung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zusammenhalt entsteht aber auch im Kleinen, in der Familie. Deshalb ist es ein wichtiges Thema im Koalitionsvertrag, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu stärken. Durch Anreize zur Einführung flexibler Arbeitszeitmodelle, von Homeoffice-Lösungen und zur Abkehr von einer strikten Anwesenheitskultur werden wir neue Ideen entwickeln.

Frauen haben ein Recht darauf, bei gleicher Arbeit und gleicher Leistung genauso entlohnt zu werden wie ihre männlichen Kollegen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Gleichstellung bleibt unser politisches Thema auch in den nächsten Jahren.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Die Nordrhein-Westfalen-Koalition steht für die Wertschätzung von Vielfalt. Daran, dass das Thema „LSBTTI“ im Familienministerium angesiedelt ist, erkennen Sie gleichzeitig, dass das ein bewusstes politisches Statement für die Gleichstellung ist. Menschen dürfen nicht wegen sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität diskriminiert werden. Dafür werden wir uns einsetzen. Wir wollen dabei eine Initiative für Gleichstellung und Akzeptanz ergreifen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das Thema „Pflege und Gesundheit“ bewegt ebenfalls viele Familien in Nordrhein-Westfalen. Ich kann mir dafür keinen Besseren vorstellen als Karl-Josef Laumann, der in den letzten Jahren als Pflegebeauftragter und Patientenbeauftragter der Bundesregierung in fast jeder Pflegeeinrichtung in Nordrhein-Westfalen und in ganz Deutschland vor Ort war und der jetzt dieses Wissen zurückführt in das Ministerium, um unsere Pflege- und Gesundheitspolitik besser zu machen.

Wir werden das Verfahren der Investitionskostenförderung überarbeiten und mit einem beherrschbaren Verwaltungsverfahren Planungssicherheit schaffen. Die Leistungen der Pflegeversicherung müssen dort hinkommen, wo die Menschen leben wollen, ob das zu Hause, im Heim oder in einer Wohngruppe ist.

Wir werden das neue Pflegeberufegesetz bis zum Jahre 2020 verbindlich umsetzen und die Rahmenbedingungen für eine qualitativ hochwertige Ausbildung schaffen, um die Versorgung der pflegebedürftigen Menschen sicherzustellen.

Wir werden ein Herzensanliegen, für das Karl-Josef Laumann und die Betroffenen lange gekämpft haben, jetzt umsetzen: Wir werden eine Interessenvertretung für Pflegekräfte schaffen, wenn die Betroffenen es wollen. Die betroffenen Berufsangehörigen werden zeitnah unabhängig dazu befragt, welche Form der Interessenvertretung sie wünschen. Aber so wie wir Ärztekammern haben, wie wir Apothekerkammern haben, brauchen wir auch eine Stimme der Pflegekräfte in diesem Land, die ihre eigenen Interessen definieren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir werden das Problem der Finanzierung der nicht-ärztlichen Heilberufe lösen. Derzeit bezahlen Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und Logopäden für ihre Ausbildung selbst. Es kann nicht sein, dass Ärzte und Apotheker nach Abschluss des Studiums deutlich mehr verdienen und gebührenfrei studieren, während andere ihre eigene Ausbildung bezahlen müssen. Das muss sich ändern.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir werden den Blick auf die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum lenken. Wir wollen das Hochschulstudium für Medizin auch denen ermöglichen, die den Numerus Clausus nicht erreicht haben, aber dennoch gute Ärzte sein können. Deshalb müssen wir erreichen, dass alle Medizinischen Fakultäten eine Professur für Allgemeinmedizin haben. Und wir werden in Ostwestfalen-Lippe eine neue Medizinische Fakultät errichten. Das haben wir versprochen, und das wird eingehalten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der Zusammenhalt der Gesellschaft zeigt sich auch daran, wie sie mit den Schwächsten umgeht. Wir

wollen ein Land sein, in dem Menschen mit Behinderungen teilhaben und teilnehmen können. Claudia Middendorf wird die neue Beauftragte der Landesregierung für Menschen mit Behinderung sowie für Patientinnen und Patienten. Wir führen diese Funktionen zusammen, erreichen damit Bürokratieabbau und haben eine Person mit Kompetenz und Herz, die sich jetzt um diese Anliegen kümmert.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der letzte Punkt beim Zusammenhalt ist die große Aufgabe der Integration. Auch hier haben wir etwas Neues unternommen, nämlich das Ausländerrecht, die Ausländerpolitik, die Flüchtlingspolitik und die Integration in einem Ministerium zusammengeführt. Dieser Schritt macht deutlich, dass Einwanderung und Asyl zusammengehören, aber zwei Seiten einer Medaille sind. Diese zentralen Politikfelder sollen aus einem Guss gemacht werden.

(Zuruf von der AfD)

Aus zwei Gründen wandern Menschen ein. Asyl ist für Schutzbedürftige ...

(Helmut Seifen [AfD]: Ja, genau! Absolut!)

– Exakt so ist es. Aber von Ihnen brauche ich als Letztes eine Belehrung über Einwanderungspolitik. Nein, Sie hetzen die Leute damit auf.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das Entscheidende ist, dass wir denen, die auf Dauer hierbleiben wollen, mit Sprache, Bildung, Arbeit und Wertevermittlung neue Perspektiven geben.

(Marcus Pretzell [AfD]: Dürfen, nicht wollen!)

Dazu zählt übrigens auch jemand, der Özoğuz heißt, der hier eingewandert und deutscher Staatsbürger ist, der hierher gehört und nicht in ein anderes Land. Das möchte ich Ihnen auch einmal sagen. Ihr Denken, Menschen nach Ethnien einzuordnen, ist nicht akzeptabel.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Wenn Sie es ernst meinen, dass diese Menschen hierher gehören, dann können Sie sich morgen in Ihrer Erwidern im Rahmen der Haushaltsdebatte von diesen unsäglichen Aussagen Herrn Gaulands distanzieren. Das ist der Maßstab, ob Sie es ernst meinen oder nicht.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Integration gelingt vor Ort, Integration beginnt mit der Sprache, Integration beginnt mit der Anerkennung der Werte, die unser Land geprägt haben und die wir von jedem erwarten. Das wird in den kommunalen

Integrationszentren geleistet. Integrationsstaatssekretärin Serap Güler hat in den Sommermonaten fast alle Integrationszentren in Nordrhein-Westfalen besucht. Mit der Berufung des Kindes eines türkischen Gastarbeiters, wie es hieß, erlebt ihr Vater, der hier als Bergmann angefangen hat, dass es in unserem Land, im nordrhein-westfälischen Traum möglich ist, sich durch Bildung und gute Arbeit bis hinein in die Spitze der Landesregierung hochzuarbeiten.

Das soll alle ermutigen. Es darf nicht die Ausnahme sein, sondern es muss die Regel werden, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wie selbstverständlich in der Verwaltung, in der Regierung und im Parlament sitzen, denn sie vertreten 25 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen. Das ist die Integrationsaufgabe, vor der wir stehen

(Beifall von der CDU und der FDP)

Und das alles gelingt vor Ort vor allem durch das Ehrenamt. Mit Andrea Milz haben wir zum ersten Mal eine Staatssekretärin, angesiedelt in der Staatskanzlei beim Ministerpräsidenten, die sich um das Thema „Ehrenamt“ kümmern wird – verbunden mit dem Thema „Sport“. Die Millionen Menschen, die tagtäglich ehrenamtliche Arbeit leisten, tragen mehr zum sozialen Zusammenhalt bei als manche Resolutionen, die in diesem Hause oder sonst wo beschlossen werden.

(Beifall von der CDU)

19.000 Sportvereine, Stadt- und Kreissportbünde und Sportfachverbände bilden unter dem Dach des Landessportbunds das Rückgrat des gemeinnützigen Sports in unserem Land. Hier finden Begegnung, Bewegung und Sport statt, hier versorgen sich 5 Millionen Menschen mit neuer Energie für die Herausforderungen des Alltags. Und deshalb wollen wir Sportland Nummer eins bleiben. Und wir streben an, dass 2032 in Nordrhein-Westfalen Olympische Spiele stattfinden – mit all den Sportstätten, die wir haben, CO<sub>2</sub>-freie und nachhaltige Spiele.

(Zuruf von der AfD)

Wenn uns das gelingt, kann das unsere Infrastruktur und auch unsere Dynamik ansonsten voranbringen. Deshalb tut die Landesregierung alles, dieses Ziel „Olympia 2032 in Nordrhein-Westfalen“ zu erreichen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Einer meiner ersten offiziellen Termine als Ministerpräsident war die Eröffnung der Ruhrtriennale. Hier kommen die Geschichte unseres Landes und neue kreative Ideen auf fantastische Art und Weise zusammen. Ich habe mit der Ernennung von Ministerin Pfeiffer-Poensgen – einer parteilosen Persönlichkeit; über Parteigrenzen hinweg als Kulturexpertin anerkannt – einen Punkt setzen wollen, um zu signalisieren: Kulturpolitik muss raus aus dem Schattenda-

sein! – Wir in Nordrhein-Westfalen haben einen ungeheuren Reichtum, und wer kreativ ist, wer neue Ideen hat, muss nach Nordrhein-Westfalen kommen, weil wir eine reiche kulturelle Landschaft haben.

Manchmal höre ich Debatten, was alles nicht mehr geht. Ich war jetzt bei dem 70-jährigen Jubiläum des Symphonieorchesters des Westdeutschen Rundfunks. 70 Jahre heißt: gegründet 1947! Da gab es nicht einmal die Bundesrepublik Deutschland. Köln lag in Trümmern, 80 % der Stadt waren zerstört. Und in einem solchen Moment hat der Westdeutsche Rundfunk – damals der Nordwestdeutsche Rundfunk – ein WDR-Sinfonieorchester gegründet. Igor Strawinsky, der als „entartet“ gegolten hatte, hat dort 1951 dirigiert. Das ist Kulturgut unseres Landes.

Und es ist doch geradezu absurd, wenn jetzt um zwei, drei Cent Rundfunkbeitrag ernsthaft diskutiert wird

(Zuruf von der AfD)

und darüber, dass das, was unseren Vorgängern 1947 möglich war, heute nicht mehr möglich ist. Wir sind ein reiches Land und brauchen auch heute noch ein Sinfonieorchester dieser Qualität. Angesichts dieser wieder einsetzenden Nörgelei muss man das auch mal sagen.

(Beifall von der CDU, der FDP und Oliver Keymis [GRÜNE])

Der Kulturerbe wird in den nächsten fünf Jahren um 50 % erhöht. „Jedem Kind ein Instrument“ hat viele Kinder zur Kultur und zur Musikalität gebracht. Wir werden 2020 den 250. Geburtstag Ludwig van Beethovens feiern, der für viele Werte steht, über die wir heute diskutiert haben. Die Europahymne, die 9. Sinfonie, kennt jeder in der Welt. Aber keiner verbindet das in dem Maße, in dem wir uns das wünschen, mit Bonn und erst recht nicht mit Nordrhein-Westfalen. 2020 wird also ein nationales Jahr für Beethoven. Er steht für vieles: für Vielfalt, für Nachhaltigkeit, für Freiheit – mit der Freiheitsoper „Fidelio“ und vielem anderen. Dieses Kulturgut hervorzuheben und zu betonen, ist unsere Aufgabe.

Wir werden uns daran messen lassen müssen, ob es uns gelingt, die vor uns liegenden Herausforderungen zu bewältigen. Wenn wir im Jahr 2030 auf die Jahre um 2017 zurückblicken, werden wir dann sagen können: „Ja, wir leben in einer digitalisierten Welt, die menschlich geblieben ist“? Werden wir sagen können: „Ja, in den letzten Jahren ist es gelungen, dass Aufstieg durch Bildung für jeden möglich ist“?

Werden wir 2030 sagen: „Ja, wir sind immer noch Industrieland. Wir sind einen Schritt nach vorne gegangen, aber wir haben die Arbeitsplätze in unserem Land erhalten“? Und werden wir schließlich sagen können: „Ja, wir leben in einer Europäischen Union, die die Krisen von vor 13 Jahren überwunden hat, die

heute viel stärker integrierter ist und von der die ganze Welt sagt: So, wie die Europäer es machen, wollen wir es auch machen“?

Das sind die Ziele, für die wir arbeiten müssen: für den Zusammenhalt in unserem Land, für unser Land als Taktgeber des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschrittes. Dem widmet sich die Nordrhein-Westfalen-Koalition. – Glück auf und Gottes Segen für unser Land!

(Langanhaltender lebhafter Beifall von der CDU und der FDP – Christian Lindner [FDP] und Bodo Löttgen [CDU] treten zur Regierungsbank und gratulieren Ministerpräsident Laschet.)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident, für die Regierungserklärung, die das Parlament entgegengenommen hat.

Den Kolleginnen und Kollegen möchte ich noch mitteilen, dass der Ministerpräsident die ihm zugebilligte Redezeit vor dem Parlament um 24 Minuten überzogen hat.

(Michael Hübner [SPD]: Man hat es gar nicht gemerkt!)

Ich bitte die Parlamentarische Geschäftsführerin und die Parlamentarischen Geschäftsführer, sich im Laufe des weiteren Tages darüber zu verständigen, ob und gegebenenfalls welche Auswirkungen dies für die Aussprache morgen hat, und den Präsidenten entsprechend zu unterrichten.

(Zuruf von der SPD: Wir waren so ergriffen!)

Damit können wir den heutigen Tagesordnungspunkt 1 schließen. Die Aussprache findet morgen unter Tagesordnungspunkt 1 statt.

Ich rufe auf:

## **2 Windenergieausbau in Nordrhein-Westfalen wieder in geordnete Bahnen lenken – Akzeptanz für die Windenergie wieder sichern**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/526

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner erhält für die CDU-Fraktion Herr Dr. Untrieser das Wort.

(Beifall von der CDU)

**Dr. Christian Untrieser (CDU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Energiewende ist eines der großen, generationenübergreifenden Projekte in Deutschland.